

Rechtsextreme Orientierung und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen

(...) In der alten Bundesrepublik sorgten der politische Schock der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die sich daran anschließende Diskussion um die Kriegsschuld der Deutschen dafür, daß nationalistische Einstellungen deutlich zurückgingen. Sogar der Nationalstolz der Westdeutschen ist mit etwa 60% bis 70% im internationalen Vergleich sehr viel geringer als in den übrigen Demokratien, mit Ausnahme Japans.

Auch bei den autoritären Einstellungen gab es in den vergangenen fünfundvierzig Jahren in der alten Bundesrepublik einen bemerkenswerten Rückgang. Dieser ist einerseits auf die systematischen Bemühungen um die Erziehung der nachwachsenden Generation zu einer demokratischen und toleranten Haltung zurückzuführen, andererseits jedoch auch auf den in allen westlichen Demokratien beobachtbaren Wertewandel hin zu mehr Liberalität und Toleranz, der sich durch den gewachsenen Wohlstand, die größere wirtschaftliche Sicherheit, aber auch durch das steigende Bildungsniveau der Bevölkerung erklären läßt. Dieser Wertewandel wird vor allem von der jüngeren Generation getragen (vgl. hierzu u.a. Lederer, 1983; Reuband, 1988; Inglehart, 1990).

Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern

Im Hinblick auf autoritäre Einstellungen zeigen die Umfrageergebnisse, daß solche Einstellungen in der ostdeutschen Bevölkerung stärker verbreitet sind als in der westdeutschen. So ergab beispielsweise eine Umfrage unter Schülern, die 1990/91 von Gerda Lederer u.a. in beiden Teilen Deutschlands durchgeführt wurde, daß fast 30% der ostdeutschen, jedoch nur knapp 15% der westdeutschen Jugendlichen "disziplinierten Gehorsam der Autorität gegenüber" für eine wichtige Eigenschaft hielten (1991: 593). In einer anderen Jugendbefragung traten 71% im Westen und 78% im Osten für eine harte Bestrafung von Gewaltverbrechern ein (Melzer u.a., 1991: 127). Eine repräsentative Bevölkerungsumfrage in der Europäischen Gemeinschaft vom Dezember 1990 (Eurobarometer Nr. 34) ergab wiederum, daß 51% der westdeutschen, aber nur 40% der ostdeutschen Befragten Toleranz für ein wichtiges Ziel hielten, das man bei Kindern fördern sollte. Ferner hielten 23% der westdeutschen, aber nur 11% der ostdeutschen Bürger Unabhängigkeit für ein wichtiges Erziehungsziel. Umgekehrt legten die ostdeutschen Befragten mehr Wert auf gute Manieren und Höflichkeit, also auf eher traditionelle Sekundärtugenden. Dieses Ergebnis einer weiteren Verbreitung autoritärer Orientierungen in den neuen Bundesländern ist also durch eine ganze Reihe gesamtdeutscher Umfragen bestätigt und kann keineswegs als das Zufallsprodukt einer einzelnen Umfrage abgetan werden (Fuchs u.a., 1991: 40f.; Bauer, 1991a; Lederer u.a., 1991; Melzer u.a., 1991; Gensicke, 1991).

Die meisten Studien zeigen, daß auch nationalistische Einstellungen in den neuen Bundesländern etwas verbreiteter sind als in den alten. In einer Schülerbefragung des Deutschen Jugendinstituts (1992: 177) war beispielsweise ein deutlich höherer Anteil der

DDR-Schüler stolz darauf, Deutscher zu sein (64% zu 48%), und mehr Jugendliche im Osten stimmten der Aussage zu, die Deutschen seien schon immer die Größten in der Geschichte gewesen (24% zu 16%). Dem entspricht, daß in den Jugendstudien von Lederer und Melzer die ostdeutschen Jugendlichen wesentlich häufiger Vorurteile gegenüber den Angehörigen anderer Nationen erkennen ließen (1991: 592).

Die stärkere Verbreitung autoritärer und nationalistischer Orientierungen in den neuen Bundesländern läßt sich größtenteils aus der Tatsache erklären, daß die Gesellschaftsstruktur dort noch sehr viel traditioneller ist als in Westdeutschland. Da Autoritarismus und Nationalismus traditionelle Werte darstellen, ist ihre größere Verbreitung in den neuen Bundesländern daher nicht weiter verwunderlich. Die gefundenen Unterschiede sind also vermutlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sich im Westen im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung traditionelle Wertorientierungen im Verlauf der letzten vierzig Jahre deutlich abgeschwächt haben, während dies in der ehemaligen DDR weit weniger der Fall war (vgl. u.a. Bauer, 1991a: 440; Behnken u.a., 1991).

Auf der Basis mehrerer gesamtdeutscher Umfragen folgerten verschiedene Autoren dementsprechend, in den neuen Bundesländern herrsche noch eine starke Betonung traditioneller Werte vor (Sekundärtugenden, Leistungsorientierung), die Parallelen zu den Werthaltungen der westdeutschen Bürger in den fünfziger Jahren aufweise (u.a. Bauer, 1991a: 440; Behnken u.a., 1991).

Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

Vielfach wird Ausländerfeindlichkeit als ein Teilaspekt des Nationalismus betrachtet. Dies ist zwar insofern richtig, als nationalistisch gesinnte Personen gemeinhin auch ausländerfeindlich sind und enge Zusammenhänge zwischen beiden Einstellungssyndromen existieren. Bei der Beurteilung des Phänomens Ausländerfeindlichkeit muß man jedoch zusätzlich im Auge behalten, daß Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen keine neue Erscheinung sind, sondern in fast allen Gesellschaften in mehr oder weniger heftiger Form vorkommen.

(...) In der alten Bundesrepublik ging Ausländerfeindlichkeit in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg langsam aber stetig zurück. Ethnische Vorurteile und die Ablehnung von Gastarbeitern nahmen deutlich ab (vgl. Hoskin, 1991). Dies war durch den bereits erwähnten Wertewandel bedingt und machte sich als langfristiger Trend vor allem in den jüngeren Alterskohorten bemerkbar.

Die Ergebnisse verschiedener Umfragen zeigen im deutsch-deutschen Vergleich, daß Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern etwas weiter verbreitet ist als in den alten (vgl. Lederer u.a., 1991; Melzer u.a., 1991; Deutsches Jugendinstitut, 1992). So beträgt im Politbarometer vom Oktober 1992 der Anteil derjenigen, die es nicht in Ordnung finden, daß in Deutschland viele Ausländer leben, in den neuen Bundesländern 59,5%, in den alten hingegen lediglich 34,9%. In der jüngsten IBM-Jugendstudie sprachen sich 70% der Jugendlichen im Westen und 78% im Osten für eine Grundgesetzänderung beim Asylrecht aus, um dessen Mißbrauch zu verhindern. 50% bzw. 60% von ihnen waren der Meinung, daß es genug Ausländer in Deutschland gibt und keine weiteren mehr hinzukommen dürfen. Bei der Interpretation solcher Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Anteilswerte je nach angesprochener Nationalität wie auch nach Frageformulierung beträchtlich variieren, so

daß es nicht möglich ist, genaue Anteilswerte für "Ausländerfeindlichkeit" als globale Einstellung zu bestimmen.

Weiterhin muß man unterscheiden zwischen Ausländerfeindlichkeit einerseits und der Wahrnehmung, daß der Zuzug von Ausländern gesellschaftliche und politische Probleme mit sich bringt andererseits. Noch weit stärker als die Ausländerfeindlichkeit selbst fluktuiert nämlich die Wahrnehmung der Ausländerproblematik in Abhängigkeit von der öffentlichen Thematisierung dieser Frage. So stand von 1988 bis zum Frühjahr 1990 die Frage des Zuzugs von Asylbewerbern, aber auch von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa und von Übersiedlern aus der DDR bei den Bürgern der alten Bundesrepublik ganz oben auf der Liste der wichtigen politischen Probleme. Sie wurde dann in der Folgezeit fast vollständig von den Problemen der deutschen Einheit überlagert, um sich danach allmählich wieder in den Vordergrund zu schieben. Die Umfragen seit Herbst 1992 zeigen, daß die Frage der Anwesenheit von Ausländern heute in den alten Bundesländern als wichtigstes und in den neuen Bundesländern nach der Arbeitslosigkeit als zweitwichtigstes Problem genannt wird (Politbarometer Oktober 1992; SPIEGEL-Umfrage Nr. 44 vom 26.10.1992: 58).

Die Problematisierung des Zuzugs von Ausländern speist sich primär aus der Wahrnehmung, daß der Stabilität der eigenen Lebenssituation Gefahr drohen könnte. Dabei spielen die Sorge um Arbeitsplätze und um die ausreichende Versorgung mit Wohnraum, aber auch die Angst vor einer Veränderung der gewohnten gesellschaftlichen Umwelt durch eine multikulturelle Gesellschaft eine Rolle. Der Unterschied zum Nationalismus klassischer Prägung zeigt sich schon daran, daß sich diese Fremdenfeindlichkeit nicht nur auf die Angehörigen anderer ethnischer Gruppen, sondern beispielsweise auch auf deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa erstreckt (vgl. IPOS 1989). Je nach eigenem Standort wird man dies als Wohlstandschauvinismus oder als Sorge um die eigene Existenz angesichts der Verknappung von Arbeitsplätzen und Wohnraum bezeichnen.

Wahlverhalten

(...) Zur Erklärung der Erfolge extrem rechter Parteien in den jüngsten Wahlen und deren Popularität in Meinungsumfragen muß man daher in weit stärkerem Maße die aktuellen politischen Problemwahrnehmungen berücksichtigen. Im Hinblick auf die Wähler und potentiellen Wähler dieser Parteien läßt sich feststellen, daß diese sich von den Wählern der anderen Parteien primär durch die Vorstellung unterscheiden, daß die Zuwanderung von Ausländern gesellschaftliche Folgeprobleme mit sich bringt (z.B. Konkurrenz um Arbeitsplätze und knappen Wohnraum), um deren Lösung sich die etablierten Parteien nicht in hinreichendem Maße kümmern. Vermutlich wissen sie nicht sehr viel mehr über die politische Programmatik dieser Parteien, als daß sie gegen Ausländer sind. Von daher wäre es völlig falsch, ihnen konsistent rechtsextremistische Einstellungen oder gar ein rechtsextremes Weltbild zu unterstellen. Tatsache ist vielmehr, daß sie zuvor in der Regel eine der etablierten Parteien, v.a. die großen Volksparteien, gewählt haben, und daß ihr Wechsel zu den rechten Parteien auch nicht notwendigerweise eine dauerhafte politische Umorientierung darstellt.

Generell muß man jedoch sehen, daß die Sympathie für rechte Parteien und Gruppen bei den deutschen Jugendlichen nicht besonders ausgeprägt ist. Der im Herbst 1992 durchgeführte Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts ergab 5,8% Befragte in den alten Bundesländern und 8,0% in den neuen Bundesländern mit einer Parteipräferenz für die Republikaner. Auch

das Sympathiepotential für Neonazis und nationalistische Gruppen liegt mit 3,0% im Westen und 6,5% im Osten relativ niedrig (für 1990 vgl. auch Deutsches Jugendinstitut, 1992: 121).

Erklärungsansätze

(...) Der erste dieser Erklärungsansätze ist die These von den Modernisierungsopfern. Diese besagt, daß Personen, die persönlich von wirtschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot betroffen sind, eine überdurchschnittliche Neigung zum Rechtsextremismus ausweisen (u.a. Klöppe, 1989; Betz, 1991). Ein zweiter Erklärungsansatz sieht die Ursachen für Rechtsextremismus hingegen eher in Orientierungsproblemen, von denen angesichts der gesellschaftlichen Individualisierung und der Erosion traditioneller Bindungen und Verhaltenssicherheiten insbesondere junge Menschen betroffen sind (vgl. Heitmeyer, 1992). Dieser zweite Erklärungsansatz ist letztlich nichts anderes als die Wiederbelebung der Denkfigur von der Massengesellschaft, die zu einer Atomisierung des Einzelnen beiträgt und deren Anfälligkeit für die Propaganda extremistischer Ideologien erhöht (vgl. Kornhauser, 1959). Diese Annahme spielt bereits seit Beginn der Industrialisierung in sozialkritischen Analysen periodisch eine Rolle und findet sich schon in den Schriften beispielsweise von Tönnies u.a. Sie setzt einseitig auf die integrative Kraft der Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen wie Klasse und Konfession, während sie diejenige persönlicher sozialer Netzwerke unterschätzt. Theodor Geiger hat hierauf bereits Anfang der fünfziger Jahre hingewiesen.

Auch die These von den problematischen Auswirkungen der Individualisierung erwartet, daß Personen der unteren Sozialschichten, und hierbei insbesondere Jugendliche, in besonderem Maße anfällig sind für die Parolen rechter Parteien. Dies liegt daran, daß sie schlechtere Voraussetzungen für die Herausbildung eines stabilen Selbstwertgefühls und individueller Autonomie haben als die Angehörigen höherer Sozialschichten. Heitmeyer verweist dabei insbesondere auf Identitätsprobleme, die durch Schwierigkeiten beim Übergang in eine stabile Berufslaufbahn bedingt sind. Insofern identifizieren beide Erklärungsansätze letztlich dieselben Problemgruppen. Und beide gehen davon aus, daß die Anfälligkeit für Rechtsextremismus unter ökonomischen Krisenbedingungen zunimmt.

Während es nun auf gesamtgesellschaftlicher Ebene tatsächlich deutliche Belege für den Beitrag ökonomischer Probleme zum Anstieg von recht(sextrem)em Protest- und Wahlverhalten gibt (vgl. Gurr, 1968; Jagodzinski, 1983), zeigen Umfrageergebnisse regelmäßig, daß die persönliche wirtschaftliche Lage nicht mit rechten Einstellungen zusammenhängt und kaum Einfluß auf die Wahlentscheidung des einzelnen Wählers hat (u.a. Niedermayer, 1990; Westle und Niedermayer, 1992).

Dieses scheinbare Paradox läßt sich damit erklären, daß auf der individuellen Ebene weniger Beeinträchtigung der eigenen wirtschaftlichen Lage zu Ausländerfeindlichkeit führt und die Bereitschaft zur Wahl extrem rechter Parteien erhöht, als vielmehr die Wahrnehmung, daß die Anwesenheit von vielen Ausländern unerwünschte gesamtgesellschaftliche Auswirkungen hat. Wir haben es also nicht mit einer direkten, sondern mit einer indirekten Wirkung politischer Belastungsfaktoren zu tun (vgl. hierzu auch Niedermayer, 1990: 574; Westle und Niedermayer, 1992: 96).